

Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Benjamin Adjei, Maximilian Deisenhofer, Susanne Kurz, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Kerstin Celina, Barbara Fuchs, Tessa Ganserer, Christina Haubrich, Claudia Köhler, Andreas Krahl, Eva Lettenbauer, Stephanie Schuhknecht** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Gaming-Szene in Bayern II: Forschungscluster über u.a. rechtsextremistische Radikalisierungsprozesse und Netzwerke in Gaming- und Kommunikationsplattformen und Subkulturen im Internet

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Rahmen des Investitionsprogramms „Bayern Digital“ ein Forschungscluster für Forschungsprojekte in den Bereichen Rechtsextremismus, Antisemitismus, ideologische Radikalisierung, Queer- und Frauenfeindlichkeit und sexualisierte Gewalt und Angriffe, sowie digitaler, internationaler Terrorismus in Verbindung mit Gaming- und Kommunikationsplattformen und Subkulturen im Internet zu schaffen. Das Forschungscluster soll die Aufgabe verfolgen, ideologische Strömungen, extremistische Gruppen, welche diese verbreiten, und hierzu verwendete digitale Medien und Plattformen zu identifizieren, sowie die Taktiken, die von solchen Gruppen eingesetzt werden, besser zu verstehen. Die Forschungsergebnisse helfen damit staatlichen Behörden und der Politik daraus Handlungsoptionen abzuleiten.

Insbesondere sollen die eingesetzten digitalen Kommunikationsmechanismen und ihre Auswirkung auf politische Meinungsmache untersucht werden (wie z.B. Verschwörungsmymen, der Einsatz von Hashtags, die Nutzung von Humor, Parodie, Ironie und Zweideutigkeit, und Bildmittel wie Memes). So soll identifiziert werden, welche Plattformen Extremist*innen unterwandern und instrumentalisieren, um Menschen zu radikalisieren und Verschwörungsmymen zu verbreiten und wo die Plattformbetreiber, die Nutzer*innen und die staatlichen Behörden in der Verantwortung stehen.

Begründung:

Der Schutz vor Gewalt in allen Formen ist eine staatliche Pflichtaufgabe. Hassreden im Netz bestehen aus anti-demokratischen Werten, Antisemitismus, Sexismus, Homophobie und Rassismus. Diese Ideologien bedrohen die politische Kultur in Deutschland sowie die Mediennutzung von Jugendlichen in Deutschland. Nach Erkenntnissen der bundes- und bayerischen Sicherheitsbehörden nutzen Rechtsextremist*innen, wie zum Beispiel der Attentäter

in Halle, zum Teil auch Gaming-Plattformen für den weltweiten Austausch, für die Verbreitung ihrer Ideologien, und für die Rekrutierung von neuen Mitgliedern.

Es kann nicht sein, dass die sehr breit aufgestellte und diverse Gaming-Community für solche Missstände allein verantwortlich gemacht wird, wie zum Beispiel von Politiker*innen im Nachgang des Attentats in Halle. Allerdings müssen zusätzlich zu den sozialen Medien und Plattformen wie YouTube auch die Gaming-Plattformen als enorm relevantes Medium ins Visier genommen werden und von den Behörden, die für den Verfassungsschutz und die Sicherheit der Bürger*innen verantwortlich sind, besser verstanden werden. Wissenschaftliche Erkenntnisse zur wichtigen Aufklärung dieser gesellschaftlich brisanten und komplizierten Thematiken, wie z.B. des „Dark Social“ sind sehr wichtig. Die Verlagerung rechtsextremer Aktivitäten von öffentlich zugänglichen Plattformen hin zu teil-öffentlichen und bisweilen auch verschlüsselten Diensten darf nicht dazu führen, dass die Exekutive und die Justiz diese Strömungen aus den Augen verlieren.

Ein Forschungscluster ermöglicht ein langfristig angelegtes und breites Forschungsvorhaben. Ziel ist nicht nur ein spezielles Projekt zu fördern, sondern mehrere Projekte in diesem Bereich anzusetzen, sowie die Kooperation verschiedener Disziplinen zu fördern und Forschungsnetzwerke in diesem Bereich aufzubauen und zu stärken. Wissenschaftliche Forschung soll sich mit der Frage befassen, welche Plattformen von welchen Gruppen ausgenutzt und instrumentalisiert werden, um gefährliches, anti-demokratisches Gedankengut in unserer Gesellschaft zu streuen. Gezielt aufgesetzte Forschungsprojekte können dazu beitragen, dass die Netzwerke und Narrative systematisch analysiert werden und die Politik informierte Entscheidungen zum Schutz ihrer Bürger*innen und der demokratischen, freien und offenen Rechtsordnung treffen kann. In diesem Bereich gibt es noch viel interdisziplinären Forschungsbedarf.